



Unternehmer Ward
Hilfe vom Major

fern frankiert und sortiert und dann auf Poststationen im ganzen Land aufgeben: „Generalstabsarbeit“, sagt Gouriet knapp. „da können die Gewerkschaften ihre ganzen Divisionen mobilisieren und pöbeln — den Krieg gewinnen wir.“

Zunächst freilich hatte Gouriet zweierlei erreicht: einerseits Entlastung für Grunwick, andererseits aber die Politisierung des Kampfes.

Unternehmer, rechtsradikale Gruppen, konservativer Mittelstand auf der einen Seite — Gewerkschaften, rassische Minderheiten und linksradikale Splittergruppen auf der anderen unterstellten einander, sie verfolgten Umsturzpläne.

Im Unterhaus kam es zu Tumulten, so als der konservative Abgeordnete Norman Tebbit den linken Labour-Abgeordneten Eric Heffer in einer Grunwick-Debatte als „Braunhemd“ beschimpfte und der ihm daraufhin eine Tracht Prügel anbot. Vergeblich erließ Premier Callaghan Mäßigungsappelle.

Die rechtliche Lage ist unübersichtlich: Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1906 dürfen Streikposten Arbeitswillige auf dem Wege zur Arbeit im Gespräch über ihre Ziele aufklären — aber sie dürfen sie nicht am Betreten des Werksgebäudes hindern.

Als das Gesetz entstand, dachte noch niemand daran, wie Streikposten mit arbeitswilligen Kollegen diskutieren könnten, wenn diese in hohen Bussen und hinter Glasfenstern an ihnen vorbeifahren.

Und: Das Recht der Arbeiter, sich organisieren zu dürfen, und das Gesetz, das es ihnen fast 70 Jahre lang ermöglichte, wird von einem einzigen entschlossen gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen grob mißachtet.

Obschon eine unabhängige Schlichtungskommission zu dem Ergebnis kam, daß die Arbeiter unrechtmäßig entlassen wurden, und obschon ein von George Ward eingetragenes Gericht das

Recht der entlassenen Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation bestätigte, gibt Ward nicht nach. Er will in die Berufung und nötigenfalls bis zum Obersten Gericht, dem House of Lords, gehen.

Ein häßlicher Zwischenfall verdeutlicht, wie sehr sich die Fronten versteift haben. Als sich eine blinde Grunwick-Arbeiterin mit ihrem weißen Stock durch die Streikposten auf das Werkstor zustatete, verschüchtert und unsicher und nicht auf die Vorwürfe eingehend, die ihr von rechts und links zugerufen wurden, fiel das böse Wort: „Eine Blinde geht zu den anderen Blinden.“

WELTHANDEL

An die Gurgel

Die Industriestaaten sind beim Abschirmen ihrer eigenen Unternehmen gegen fremde Konkurrenz überaus erfinderisch. Dem freien Welthandel stehen schlechte Zeiten bevor.

Europäer, Amerikaner und Japaner versprachen sich feierlich Wohlverhalten.

„Wir lehnen den Protektionismus ab“, gelobten die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten, Japans, der USA und Kanadas auf ihrem Westgipfel Anfang Mai in London. Denn staatliche Handelshemmnisse würden lediglich „die Arbeitslosigkeit verstärken, die Inflation vermehren und das Wohl unserer Völker mindern“.

Auch die Minister aus den 24 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris beteuerten Ende Juni auf ihrer Jahrestagung noch einmal, worauf sie schon vor über drei Jahren geschworen hatten: keine neuen Handelsschranken zu errichten, um etwa so öprensbedingte Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen.

Doch überall in Europa, den USA oder Japan sind solche Schwüre rasch vergessen. Ungeniert von den eigenen Bekenntnissen treten Politiker und Lobbyisten, Unternehmer und Gewerkschafter zur Offensive gegen den ungehemmten Warenaustausch an.

Die Methoden sind feiner geworden — feiner jedenfalls als die unüberwindlichen Zollbarrieren, rigorosen Importkontrollen und Abwertungswettläufe, die sich die Industriestaaten in den 30er Jahren leisteten. Die neuen Freihandelsgegner mühen sich, ihren Rückfall in den Protektionismus sorgsam zu kaschieren.

Ein „Arsenal heimlicher und raffinerter Dirigismustricks“ (Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages) steht bereit, um die ausländische Konkurrenz und den Zustrom unerwünschter



Gewerkschafter vor Grunwick: Sangesfreudig gegen die feudale Festung

ter Waren abzuwürgen. „Nirgendwo sind die Staaten so erfinderrisch“, urteilt Wolff, „wie beim Schutz eigener Erzeugnisse.“

Mit Argwohn beobachten die Freihändler in aller Welt das immer dichter werdende Netz von Restriktionen, das die Regierungen über den Welthandel legen — und damit Wachstum und Wohlstand gefährden:

- ▷ sogenannte freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen;
- ▷ Mindestpreisregelungen für Ausfuhrgegenstände;
- ▷ Einfuhrquoten.

Weil Einfuhren angeblich ihre Existenz bedrohten, schlossen sich inzwischen ganze Wirtschaftszweige zu Weltkartellen zusammen. Unter dem Druck der heimischen Lobby preßten sich die Handelspartner wechselseitig Abkommen ab, die sie schamhaft Orderly Marketing Agreements nennen — Abreden über Liefermengen, Preise und Absatzgebiete.

EG-Europas Stahlproduzenten etwa setzten durch, daß die japanische Konkurrenz bestimmte Sorten nicht mehr im Gemeinsamen Markt losschlägt — zum Verdruss der Amerikaner, weil die Japaner nun ihren Stahl in den USA abkippen.

Mit ähnlichen Vereinbarungen über ein „ordentliches Marketing“ zwangen die USA zum Beispiel Taiwan und Südkorea, ihre Schuhexporte in die Vereinigten Staaten vier Jahre lang kräftig zu drosseln. Und auch Italiens, Spaniens und Brasiliens Schuhfabriken werden von den Amerikanern unter Druck gesetzt.

Briten, Niederländer und Belgier trotzten mit der Drohung, ein Einfuhr-embargo zu verhängen, den Japanern die Zusage ab, sich beim Export von Fernsehern, Radios und Taschenrechnern zurückzuhalten.

Rabiater gingen Italiener und Japaner miteinander um. Als die Japaner ihr Land gegen preiswerte Skischuhe aus Italien abschotteten, entschloß sich Roms Regierung zum Vergeltungsschlag: Italien stoppte die Einfuhr für japanische Motorräder mit mehr als 380 Kubikzentimeter Hubraum. Auch Tonabnahmeköpfe aus Japan dürfen nicht länger importiert werden.

Hinter derlei handelspolitischem Kleinkrieg steckt mehr als bloße Verärgerung. Die gefährliche Kombination wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den westlichen Industriestaaten — hohe Dauerarbeitslosigkeit, weiter trabende Inflation und fatale Zahlungsbilanzdefizite — verlockt die Regierenden geradezu zu dem Versuch, ihr Land auf Kosten anderer zu retten.

„Der Kauf überflüssiger Einfuhrgegenstände“, verkündete unlängst Roms Außenhandelsminister Rinaldo Ossola, „kommt einer Ausfuhr einheimischer Arbeitsplätze gleich.“

Den gleichen Wirtschafts-Chauvinismus bekundete Frankreichs Valéry Giscard d'Estaing: „Wer ein ausländisches Erzeugnis einem französischen vorzieht“, so der Staatschef, „muß wissen, daß er sich damit gegen unsere Arbeitsplätze entscheidet.“

Kein Wunder, daß da „der protektionistische Druck von einem Tag zum anderen stärker wird und man sich fragen muß, wie lange die internationale Gemeinschaft ihn noch abwehren kann“ (Ossola).

Nirgends wird das deutlicher als in Amerika. Die Anti-Importkampagnen, warnte der langjährige US-Unterhändler für internationale Handelsfragen,

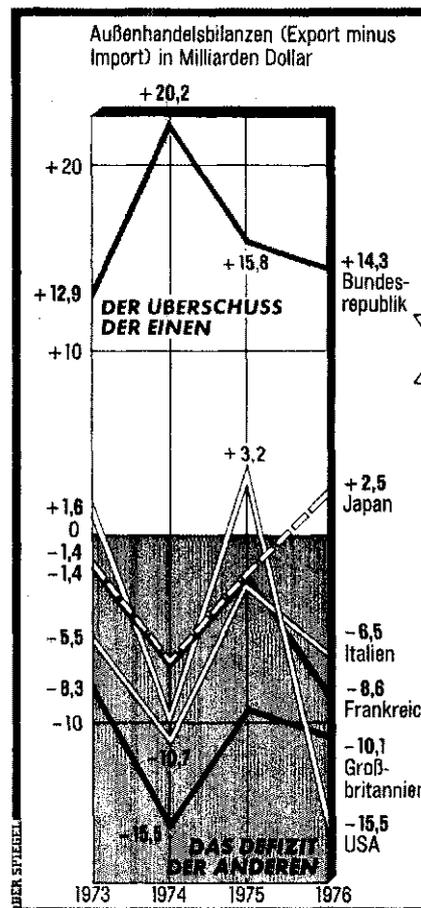
sogenannten Kennedy-Runde — und Chef-Wirtschaftsberater Charles Schultze finden diese Orderly Marketing Agreements „ebenso schlimm wie Importquoten“.

Gleichwohl mußten die unter besonderen Beschuß geratenen japanischen Farbfernsehgerätehersteller ein Selbstbeschränkungsabkommen akzeptieren, das vom 1. Juli an für die nächsten drei Jahre die Einfuhr auf jeweils 1,75 Millionen Geräte (1976: 2,7 Millionen) reduzieren soll.

Immer häufiger spannen US-Unternehmen jetzt auch die Richter ein, um sich lästiger Auslandskonkurrenten zu erwehren.

So klagte Amerikas führender Farbfernsehgeräteproduzent Zenith Radio Corp. vor einem New Yorker Zollgericht auf Einführung eines Ausgleichszolls für japanische Farb-TV. Die Manager begründeten ihre Klage damit, daß Japan die Exporte von den im Lande erhobenen Steuern freistelle. Das sei eine unzulässige Exportförderung.

Das Gericht gab den Klägern recht. Das Finanzministerium legte zwar Be-



Botschafter Harald B. Malmgren, „geraten zunehmend außer Kontrolle“.

Zwar hat die Carter-Administration bislang alle Forderungen nach rigorosen Importbarrieren abgewehrt. Aber die Experten sind uneins über den rechten Freihandelskurs.

Der Sonderbeauftragte für Handelsfragen Robert Strauss und Berater Stuart Eizenstat betrachten Selbstbeschränkungsabkommen als ein taugliches Instrument zum Wohle der US-Industrie.

Finanzminister Michael Blumenthal hingegen — in den 60er Jahren Amerikas Chef-Unterhändler bei den weltweiten Zollsenkungsverhandlungen der

rufung ein. Doch bis zum Urteil der nächsten Instanz müssen die Japaner Millionen Dollar Kautions für möglicherweise fällige Zollzahlungen hinterlegen.

„Dieser Fall“, sorgt sich der Beamte im Finanzministerium Peter Suchman, „kann dem internationalen Handel mehr schaden als alles andere.“

Tatsächlich könnten, sollte Zenith obsiegen, auch alle anderen Branchen Ausgleichszölle für Importe aus Japan und Europa verlangen.

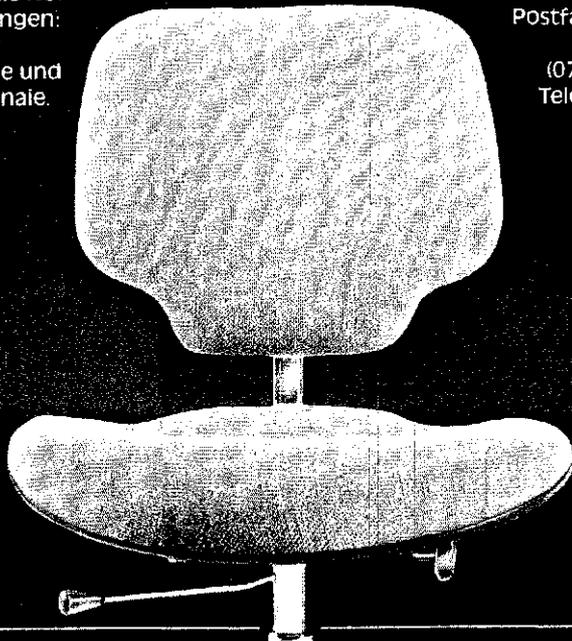
Schon ist auch Amerikas größter Stahlkonzern US Steel Corp. vor Gericht gezogen, um einen zusätzlichen Zoll auf Spezialstähle zu erzwingen, die in der

Gesundes Sitzen ist Gesetz.

Seit 1.1.77 müssen Büro-Drehstühle bestimmten Normen entsprechen. Collection 3000 von INTERSTUHL bietet mehr als die Normen verlangen: Sie schont Wirbelsäule und Portemonnaie.

INTER  STUHL

Farbprospekt und Bezugsquellen-Nachweis erhalten Sie durch INTERSTUHL, 7450 Hechingen-Stetten, Postfach 1304/6, Telefon (07471) 50631, Telex 0767431.



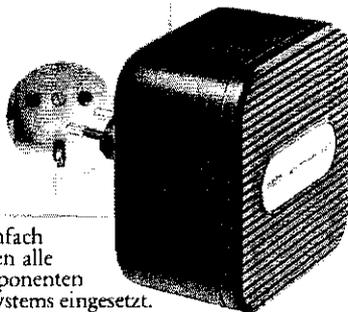
Alarm-Aktuell:

Diebe machen keinen Urlaub. Darum Vicom®, die installationsfreie Elektronik-Alarmanlage.

Urlaubszeit ist Einbruchzeit. VICOM®, die installationsfreie Elektronik-Alarmanlage, bietet Schutz Tag und Nacht. VICOM® braucht nur die Steckdose. Sämtliche VICOM®-Alarmkomponenten stehen untereinander drahtlos in Verbindung. Auf Knopfdruck wird ein Frequenzimpuls über das Licht-

leitungsnetz gesendet, und VICOM® ist alarmbereit. Selbst Stromausfall setzt VICOM® nicht außer Betrieb. Eine automatische Notstromversorgung stellt die Funktionsfähigkeit sicher. Sogar bei Zerstörung einzelner Komponenten löst VICOM® Alarm aus. VICOM® hat eine Nummern-Code-Sicherung.

Innenalarmgerät



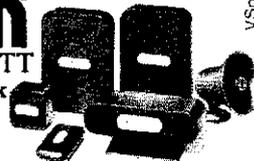
So einfach werden alle Komponenten des Systems eingesetzt.

Sicherheits-Coupon

- Bitte senden Sie mir kostenlos Informationen
- Ich bitte um Ihren unverbindlichen Besuch

Name _____ Anschrift _____
ITT-Regelungstechnik, Westendhof 8, 4300 Essen 1,
Telefon (02 01) 24 01, Telex 08-57 309

VICOM®
Ein Produkt der ITT
Regelungstechnik



EG bei der Ausfuhr von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Neben der Einfuhr von Farbfernsehern und Stahl wollen amerikanische Protektionisten auch gleich noch den Import von rund 30 weiteren Gütern erschweren. Seit der Johnson-Administration, erkannte Handelsexperte Malmgren, „hat es eine derartige Bedrohung der Grundlagen im Amerikahandel nicht mehr gegeben“.

Doch auch die Europäer lassen dem „Steppenbrand des Protektionismus“ (EG-Außenkommissar Wilhelm Haferkamp) zunehmend freien Lauf. Längst werden Vergehen der Mitgliedsstaaten gegen den freien Handel von der Brüsseler EG-Kommission nur noch halbherzig kritisiert.

Als Frankreich beispielsweise Ende Juni die Einfuhr von Hemden, Blusen, T-Shirts und Baumwollgarn aus Drittländern mengenmäßig begrenzte, rügten die Brüsseler Funktionäre lediglich, daß sie bei der Entscheidung übergangen wurden. Wenige Tage später zog die EG selber die Importbremse für bestimmte Textilerzeugnisse.

EG-Beamte bezweifeln, daß die Gemeinschaft angesichts fortdauernd hoher Arbeitslosigkeit ihre Grenzen für Produkte aus den Entwicklungsländern immer weiter öffnen kann. Tatsächlich schirmen sich die Industriestaaten zunehmend gerade gegen jene Produkte ab, die in den Entwicklungsländern nach den Regeln der internationalen Arbeitsteilung besonders günstig gefertigt werden können, etwa Textilien oder Schuhe.

Sogar Selbstbeschränkungsabkommen sind bei den einst allein auf Freihandel eingeschworenen Eurokraten nicht länger verpönt. „Der Trend geht in Richtung weltweit ausgehandelter Vereinbarungen, die bis zu einem gewissen Grad restriktiv sind“, bekennt Francesco Porre, Top-Ökonom in der EG-Kommission. „Bei niedrigeren Wachstumsraten als in der Vergangenheit“, begründet Porre den handelspolitischen Sinneswandel, „müssen wir Angebot und Nachfrage besser regulieren, sonst geht jeder dem anderen an die Gurgel.“

FRANKREICH

Darf nicht sterben

25 000 Menschen besteigen und befahren in der Hochsaison täglich den Eiffelturm. Notwendige Reparaturen unterbleiben.

Der Eiffelturm nur noch Schrott? Paris müßte ohne diesen „schwarzen gigantischen Fabrikschornstein“ (so 47 Künstler vor der Eröffnung im Jahre 1889) wie Pisa ohne Schiefen Turm, Kairo ohne Pyramiden sein.

„Stirbt der Eiffelturm?“ hatte der Pariser „Express“ im Juni auf dem Titelblatt gefragt. Dieses 7000 Tonnen